

Vorlagennummer: FB 36/0519/WP18
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 29.08.2024

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 04.06.2024 (öffentlicher Teil)

Vorlageart: Entscheidungsvorlage
Federführende Dienststelle: FB 36 - Fachbereich Klima und Umwelt
Beteiligte Dienststellen:
Verfasst von: FB 36/100

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 04.06.2024 (öffentlicher Teil).

Finanzielle Auswirkungen:

	JA	NEIN	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieben er Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieben er Ansatz 20xx ff.	Gesambedarf (alt)	Gesam- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieben er Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieben er Ansatz 20xx ff.	Folge-kosten (alt)	Folge-kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Keine

Klimarelevanz:

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Der Effekt auf die CO2-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49 %)
- nicht
- nicht bekannt

Erläuterungen:

Anlage/n:

1 - Final_Niederschrift_AUK_öffentl.Teil_04.06.2024 (öffentlich)

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

9. September 2024

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.06.2024
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	22:15 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Paul-Küpper-Platz 1, Bezirksamt Brand

Anwesende:

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Holger Kiemes

Ratsherr Jöran Stettner

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Jörg Bogoczek

Ratsfrau Julia Brinner

Herr Christoph Hölscher

Vertretung für: Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Henning Nießen

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

Herr Marco Terporten

Frau Dr. Anja Fitter

AUK/35/WP18

Ausdruck vom: 09.09.2024

Seite: 1/30

Herr Simon Janko

Vertretung für: Herrn Gero Matthias
Schuch

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg

Herr Dr. Andreas Nositschka

Frau Barbara Stockem

Herr Safi Özbay

Herr Rolf Schumacher

Abwesende:

Ratsherr Kaj Neumann

abwesend

Herr Marcus Liebmann

abwesend

Herr Gero Matthias Schuch

abwesend

Herr Reiner Nerlich

abwesend

als Gäste:

Frau Helga Rols, AG Behindertenhilfe

Herr Vogt, Sega, Städtische Entwicklungsgesellschaft Aachen

Herr Dr. Gerd Demny, Wasserverband Eifel-Rur

Herr Arno Hoppmann, Wasserverband Eifel-Rur

von der Verwaltung:

Frau Katja Oldenburg, FB 36/100

Frau Christina Borgs, FB 11

Frau Rena Stehn, FB 36/300

Frau Sophia Koch, FB 36/700

Herr Dr. Daniel Kelterbaum, FB 36/700

Herr Dr. Hendrik Merbitz, FB 36/200

Frau Ulrike Völkel, FB 36/600

AUK/35/WP18

Ausdruck vom: 09.09.2024

Seite: 2/30

Herr Bastian Peukert, FB 36/700

Frau Sike Hermanns, FB 61

Herr Björn Gürtler, FB 13

als Schriftführerin:

Frau Andrea Schürmann, FB 36/100

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 20.02.2024 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0365/WP18

- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 16.04.2024 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0380/WP18

- 4 **Förderung der NABU - Naturschutzstation Aachen gemäß Förderrichtlinie der Biologischen Stationen NRW - FÖBS - Anschlussförderung ab 2025**
Vorlage: FB 36/0379/WP18

- 5 **Nachwahl eines Mitglieds für den Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Aachen**
Vorlage: FB 36/0377/WP18
- 6 **Projektentwicklung - Mariabrunnstraße / Weberstraße -**
hier: Durchführung eines Qualifizierungsverfahrens in Form eines Werkstattverfahrens
- Rahmenbedingungen
Vorlage: FB 61/0890/WP18
- 7 **Altstadtquartier Büchel: Planungsbeschluss Freianlagenplanung**
Vorlage: FB 61/0904/WP18
- 8 **Perspektive Kurstandort Burtscheid**
Beschluss Ziele
Vorlage: FB 61/0909/WP18
- 9 **Umgestaltung der Krakaustraße - Ergebnisse der Bürger*innenbeteiligung und**
Planungsbeschluss
Vorlage: FB 68/0009/WP18
- 10 **Grundlagen und Strategie des Fernwärmenetzausbaus in der Stadt Aachen**
Vorlage: Fb 68/0007/WP18
- 11 **Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 997 "Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg"**
Vorlage: FB 36/0383/WP18

- 12 **Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 1005 "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Kullenhofstraße / Psychiatrie"**
Vorlage: FB 36/0384/WP18
- 13 **Sachstand IKSK 1.0**
Vorlage: FB 36/0388/WP18
- 14 **Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus dem Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“**
Vorlage: FB 36/0389/WP18
- 15 **Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus dem Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“**
Vorlage: FB 36/0389/WP18-1
- 16 **Maßnahmen zur Hitzeereignisbewältigung für die Sommermonate 2024 – Ein Beitrag zur
Hitzevorsorge der Aachener Bevölkerung**
Vorlage: FB 36/0387/WP18
- 17 **Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie, 4. Runde –
Fortschreibung des Lärmaktionsplans Aachen (LAP) in 2024
hier - Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen**
Vorlage: FB 36/0386/WP18

- 18 **Neufassung Solarförderung - weg von Breitenförderung hin zu MFH und KMU**
Vorlage: FB 36/0391/WP18
- 19 **Ausweisung von Naturwaldentwicklungsflächen**
Vorlage: FB 36/0392/WP18
- 20 **Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 06.05.2024 "Sachstandsbericht
Ratsantrag Kalte Nah- und Fernwärmenetze Nr. 267/18 vom 26.04.2022"**
Vorlage: FB 36/0390/WP18
- 21 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Die Verwaltung zieht TOP 3 zurück, da die Niederschrift nicht fertig gestellt werden konnte.

TOP 8 wird von der Verwaltung ebenfalls zurückgezogen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 20.02.2024 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0365/WP18

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt unter Berücksichtigung der beantragten Änderungen die Niederschrift über die Sitzung vom 20.02.2024 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 16.04.2024 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0380/WP18

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

zu 4 Förderung der NABU - Naturschutzstation Aachen gemäß Förderrichtlinie der Biologischen Stationen NRW - FÖBS - Anschlussförderung ab 2025
Vorlage: FB 36/0379/WP18

Ratsherr Kiemes fragt nach der Anschlußförderung zu dem Thema.

Herr Dr. Manfred Aletsee / Geschäftsführer NABU Naturschutzstation Aachen e.V. führt aus, dass vom Land zunächst die Zusage der Förderung ab 2025 für 3 Jahre zu erwarten sei.

Ratsherr Nießen dankt für die erbrachte Arbeit.

Ratsfrau Dr. Wolf schließt sich dem Dank an.

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken spricht ebenfalls ihren Dank aus für das Kleinod, dass dort entsteht. Sie könne sich gut auch Kooperationen mit Schulen vorstellen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und spricht sich für eine Kofinanzierung der NABU-Naturschutzstation Aachen für die Dauer von weiteren 5 Jahren bis zum 31.12.2029 aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

zu 5 Nachwahl eines Mitglieds für den Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Aachen
Vorlage: FB 36/0377/WP18

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, Herrn Helge Heers für die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. (LNU) als Mitglied in den Naturschutzbeirat der Stadt Aachen zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- zu 6 Projektentwicklung - Mariabrunnstraße / Weberstraße -
hier: Durchführung eines Qualifizierungsverfahrens in Form eines Werkstattverfahrens
- Rahmenbedingungen
Vorlage: FB 61/0890/WP18**

Ratsherr Stettner dank für die Vorlage und sieht die Zuständigkeit hierbei eher beim Planungsausschuss.

Herr Dr. Nositschka begrüßt die Planung und Berücksichtigung von Sozialwohnungen und einer Kita. Jedoch sieht er auch die Planung von 120 Stellplätzen; die Stellplatzverordnung könne die Projekte unnötig teuer machen, was sicher nicht wünschenswert sei.

Ratsfrau Dr. Wolf weist darauf hin, dass in der Vorlage genannt sei, dass mindestens 50 % der Flächen für den geförderten Wohnungsbau vorgesehen werden sollen. An anderer Stelle wird erläutert, den Gesamtversiegelungsgrad auf max. 50 % zu begrenzen. Hier müsse ggfs. der Text noch einmal angepasst werden.

Herr Beigeordneter Thomas erläutert, dass hier unterschiedliche Bezugsgrößen bezogen auf die Flächen gemeint seien.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Planungsausschuss, die Durchführung des Qualifizierungsverfahrens „Entwicklung Mariabrunnstraße / Weberstraße“ auf der Grundlage der beigefügten Auslobung (Anlage 03) zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

zu 7 Altstadtquartier Büchel: Planungsbeschluss Freianlagenplanung

Vorlage: FB 61/0904/WP18

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken begrüßt Herrn Vogt von der SEGA / Städtische Entwicklungsgesellschaft Aachen GmbH & Co.KG, der zu dem TOP einen Vortrag halten wird. Der Vortrag wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die Vorsitzende dankt für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Schumacher fragt nach der Textpassage der Vorlage zu „akzentuierten Platzflächen“. Weiterhin möchte er gerne noch eine Erläuterung zum Regenmanagement erhalten.

Herr Vogt erläutert zu den geplanten Treppenanlagen, dass die Verwaltung ggfs. den Einsatz von Tausalz vorsehe, wenn dies nicht vermeidbar sei.

Bei der Pflanzung werde im Einzelnen zu entscheiden sei, ob ggfs. nicht heimische Baumarten in Frage kämen.

Ratsfrau Brinner findet es sehr positiv, dass der Ausschuss die Ausführung so eng begleiten könne und freut sich auch über die Planung der Blühwiese.

Ratsherr Kienes dankt für die Planung und den Vortrag. Das Gelände nähme nun Formen an und sei auch durch Anwohner nutzbar. Die Regenwassersammlung durch Zisternen möchte er positiv hervorheben.

Dennoch vermisse er den ursprünglich vorgesehenen Springbrunnen.

AUK/35/WP18

Ausdruck vom: 09.09.2024

Seite: 10/30

Herr Vogt erläutert hierzu, dass die Spielwasserstelle bei der Planung tatsächlich nicht weiterverfolgt werde.

Man hätte sich für den Thermalbrunnen entschieden und wolle die zusätzliche Wasserstelle nicht weiter planen.

Frau Dr. Fitter regt an, bei den weiteren Planung zu überlegen, Thermalwasser unter den zu streuenden Boden zu verlegen.

Ratsherr Blum bedankt sich und hofft, dass für Bürger und Besucher an dieser Stelle interessante Punkte entwickelt werden.

Ratsfrau Dr. Wolf fragt konkret nach der Mulde, zu der in der Vorlage geschildert sei, dass sie geprüft werde.

Herr Vogt erläutert hierzu, dass die Mulde unstrittig sei, lediglich die Umsetzungsdetails müssten noch geklärt werden.

Ratsherr Bogoczek fragt, welche Fragen bezogen auf die Zisternen vom Betreiber zu klären seien.

Herr Vogt erläutert, dass es um die Klärung von Grundsatzfragen bezogen auf die Unterhaltung und Wartung von Zisternen im öffentlichen Raum gehe. Es gäbe noch nicht viele Zisternen im öffentlichen Raum.

Ratsherr Kienes regt an, den 2. Wasserplatz bei den weiteren Planungen dennoch weiter in die Überlegungen einzubeziehen, schon allein wegen der Thematik Hitze und Klimaerwärmung.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Planungsinhalte für das Altstadtquartier Büchel zur Kenntnis und stimmt diesen zu. Er empfiehlt, die vorgeschlagenen Planungen der öffentlichen Bereiche in den nächsten Planungsschritten (Ausführungsplanung) zu vertiefen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

AUK/35/WP18

Ausdruck vom: 09.09.2024

Seite: 11/30

zu 8 Perspektive Kurstandort Burtscheid

Beschluss Ziele

Vorlage: FB 61/0909/WP18

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

zu 9 Umgestaltung der Krakaustraße - Ergebnisse der Bürger*innenbeteiligung und Planungsbeschluss

Vorlage: FB 68/0009/WP18

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken bittet um Wortmeldungen zu dem TOP.

Ratsherr Kiemes kommentiert die Passage aus der Vorlage, wonach Menschen weniger Autos nutzen würden. Zu der bisherigen Planung habe die Bürgerinitiative diverse Vorschläge gemacht.

Eine Aussage der Verwaltung sei „Der Wegfall der Parkplätze sei nötig, weil übergeordnete Ziele dem entgegenstehen würden“. Er bedaure, dass dies so knapp ausgeführt werde und würde sich deshalb wünschen, dass den Bürgern ausführlicher geantwortet werde.

Herr Beigeordneter Thomas sieht die Zuständigkeit zu dieser Frage und die Diskussion hierzu in der Zuständigkeit des Planungsausschusses.

Herr Dr. Nositschka begrüßt die Planung; für ihn gehe die Entwicklung in die richtige Richtung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ergebnisse der Bürger*innenbeteiligung und den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, den Planungsbeschluss auf Grundlage der Variante 2 (Anlage 7) zu fassen und die Verwaltung damit zu beauftragen, die Ausführungsplanung zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

AUK/35/WP18

Ausdruck vom: 09.09.2024

Seite: 12/30

zu 10 Grundlagen und Strategie des Fernwärmenetzausbaus in der Stadt Aachen

Vorlage: Fb 68/0007/WP18

Ratsfrau Brinner bewertet die Vorlage als sehr wichtig. Das Thema sei ein wichtiger Hebel für die Klimaentwicklung. In der Vorlage sei von ca. 3,7 km neue Leitungen für die nächsten 25 Jahre die Rede. Dies bedeutet, dass es viele Baustellen geben werde und dies auch den Bürgern gut vermittelt werden müsse.

Sie bittet die Verwaltung daher, die Planungen hierfür gut zu kommunizieren. So könne man z.B. auch an den Baustellen per Schild erklären, dass dort Klimaschutz betrieben werde.

Ratsherr Kiemes führt aus, dass es gute Abstimmungen zwischen den vielen verschiedenen Akteuren geben müsse. In Haaren seien zuletzt alle 4 Zufahrtsstraßen gleichzeitig gesperrt gewesen.

Es bedarf daher guter Absprachen.

Herr Dr. Nositschka dankt Herrn Beigeordneten Thomas und Frau Beigeordnete Burgdorff, dass sie das Thema so sehr vorantreiben. Er wünscht allen Akteuren eine glückliche Hand bei der weiteren Planung und Ausführung.

Herr Beigeordneter Thomas führt aus, dass es neben den Fernwärmeausbaumaßnahmen auch viele Baustellen zu Brücken- und Straßenbau gäbe. Ziel müsse es sein, all diese Dinge gut miteinander zu koordinieren.

Die Ausschussvorsitzende Lürken äußert, dass es zum Thema Fernwärme immer viele Fragen an die Politik gäbe und die Menschen wissen sollen, was in ihren Quartieren geplant werde.

Ratsherr Kiemes erklärt, dass ihm bewusst sei, dass es auch unplanbare Baustellen gäbe und dennoch sei eine Optimierung hierbei nötig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Kenntnisnahme

zu 11 Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 997 "Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg"

Vorlage: FB 36/0383/WP18

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken begrüßt Herrn Dr. Hendrik Merbitz / FB 36, der zur Beantwortung von Fragen anwesend ist.

Herr Dr. Nositschka möchte gerne wissen, wie mit dem Neuenhofer Weg umgegangen werde.

Herr Dr. Merbitz führt aus, dass der Grünstreifen erhalten werde.

Überwiegend blieben auch die Bäume erhalten und der Erhalt der Durchwegung sei geplant.

Herr Dr. Nositschka fragt auch nach zum Versiegelungsgrad; dies beantwortet Herr Dr. Merbitz.

Frau Rols von der AG Behindertenhilfe weist, darauf hin, dass jeder gefälltete Baum ein großer Verlust sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss die Integration des Umweltberichtes in die Begründung zur Offenlage des Bebauungsplans Nr. 977.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei einer Enthaltung.

zu 12 Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 1005 "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Kullenhofstraße / Psychiatrie"

Vorlage: FB 36/0384/WP18

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss die Integration des Umweltberichtes in die Begründung zur Offenlage des Bebauungsplans Nr. 1005.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

AUK/35/WP18

Ausdruck vom: 09.09.2024

Seite: 14/30

zu 13 Sachstand IKSK 1.0

Vorlage: FB 36/0388/WP18

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken begrüßt die anwesenden Besucher, die sich für dieses Thema interessieren.

Sie dankt der Verwaltung für die Unterlagen.

Herr Dr. Nositschka dankt der Verwaltung für die Darstellungen.

Ratsfrau Brinner erläutert, dass die Vorlage zeige, dass das IKSK eine Erfolgsgeschichte sei.

Es dauere zwar bis die einzelnen Maßnahmen anlaufen würden, aber die Dinge seien auf den Weg gebracht, wie z.B. die Gründung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft.

Sie wünscht sich, dass die Maßnahmen aus dem IKSK 1 weiter fortgesetzt würden,

Manche Maßnahmen hätten es in das IKSK 2 geschafft.

Bezogen auf die Verstetigung der Umsetzung sei es ein großer Erfolg, dass die IKSK Stellen entfristet würden. Es sei schon viel passiert, aber es müsse auch noch viel geschafft werden.

Ratsherr Kienes erläutert, dass die Klimaschutzmaßnahmen, die im IKSK enthalten seien, zum Teil schon seit Jahren umgesetzt werden. Hier sei die Stadt Aachen schon lange unterwegs. Man müsse die Unterstützung der vielen Projekte sicherlich priorisieren, um eine hohe Effizienz zu erreichen.

Wichtig sei zu erkennen, wo man welche Fortschritte gemacht habe, welche Maßnahmen gut und welche weniger gut laufen würden. Hilfreich wäre es hierzu, wenn man die Ergebnisse im Dashboard besser sehen und interpretieren könne.

Ratsfrau Dr. Wolf dankt für die gute Zusammenarbeit.

Herr Beigeordneter Thomas weist darauf hin, dass im Rahmen des Stadtvertrages noch viele Dinge zu tun seien. Man denke Dezernat übergreifend und auch Dezernat II und Dezernat III unterstützen das Thema und alle würden eng mitarbeiten. In der Verwaltung seien auf quasi allen Ebenen viele für die gemeinsame Sache aktiv. Dennoch werde man sicherlich nicht alle Ergebnisse im Rahmen der Klimabilanz messen können.

Die Klimafolgenanpassung sei wichtig und aktuelle Ereignisse und Themen wie z.B. Hitze, Starkregenereignisse und Waldbrände würden dies in besonderer Weise zeigen. Man werde agil reagieren müssen.

Die Ausschussvorsitzende dankt für die ehrliche Einschätzung an dieser Stelle.
Sie spricht ihren Dank dafür aus, dass alle Anwesenden diesen Weg gemeinsam gehen würden.
Die Stadt Aachen sei hier auf einer Vorreiterrolle.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Sachstand IKSK 1.0 zur Kenntnis.
Der Tagesordnungsantrag ist damit behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Kenntnisnahme

Die Sitzung wird für eine Pause von 18.30 Uhr bis 18.50 Uhr unterbrochen.

zu 14 Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“ Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus dem Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“ Vorlage: FB 36/0389/WP18

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken setzt die Sitzung um 18.50 Uhr fort und begrüßt Herrn Meiners, der zuvor zur gleichen Thematik im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss gewesen ist.

Frau Lürken dankt der Verwaltung für den Versuch, mit den vorgelegten Unterlagen das Thema begreifbar zu machen.

Sie weist darauf hin, dass das Gremium wisse, welche Aufgabe die Verwaltung bei diesem Thema stemme, egal welche Kritik in der Beratung geäußert werde.

Sie dankt für die Vorlage.

Die Ausschussvorsitzende weist konkret auf die Beratungsfolge und die Tatsache hin, dass es heute hier im Ausschuss um eine erste Beratung gehe. Nach der Beratung in weiteren Fachausschüssen werde die

Vorlage erneut in der am 26.06.2024 stattfindenden Sitzung beraten, bevor im direkten Anschluss in der Ratssitzung die Vorlage zur Entscheidung vorgelegt werde.

Herr Beigeordneter Thomas erläutert, dass mit den zu fassenden Beschlüssen keine Entscheidungen zu Stellenmaßnahmen oder Festlegungen zur Finanzierung erfolgen. Vielmehr geht es bei der Vorlage um Grundsatzbeschlüsse zu den beabsichtigten Maßnahmen.

Herr Meiners berichtet aus der Debatte im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss, bei der es um die Priorisierung der Maßnahmen und die Finanzierung gegangen sei.

Ratsherr Stettner erläutert, welcher Auftrag zur Schaffung der Vorlage bestanden habe.

So sei ein Strukturpolitisches Sachstandsprogramm gewünscht gewesen. Weiterhin sollte die Priorisierung des Handlungsprogramms deutlich gemacht werden.

In der Vorlage sei eine detaillierte Liste mit finanziellen Auswirkungen aufgeführt.

Er sei froh, dass der Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss den Wunsch nach Priorisierung geäußert habe.

Ersichtlich wäre aus den Unterlagen, dass große Kosten im Bereich ÖPNV zu erwarten seien.

Über die Finanzierungsfrage allgemein müsse später im Detail beraten werden.

Positiv erwähnt er, dass die Entscheidungen auch eine Finanzierungsunterstützung durch die EU ermöglichen würden.

Er möchte an die Gremiumsmitglieder das Angebot aussprechen, vor der Ratssitzung in den Fraktionen gemeinsame Beschlussfassungen zu erarbeiten.

Ratsherr Kiemes geht darauf ein, dass eine Priorisierung wichtig sei. Es gäbe viele Einzelpunkte, die unterschiedliche Themen betreffen würden. So würden oft Punkte zusammengefasst.

In den nächsten 6 Jahren würden über 360 Mio. Euro benötigt.

Einige Gelder seien aufgrund der Maßnahmen aus dem IKSK 1 bereits im Haushalt enthalten. Es stellt sich daher die Frage, wie hoch dann die tatsächlichen Zusatzkosten seien. Wenn hierüber heute hätte beschlossen werden müssen, hätte man einige Punkte im Vorfeld konkreter besprechen müssen.

Herr Dr. Nositschka erläutert, dass die CO² Kontingente in Deutschland bereits jetzt aufgebraucht seien.

Er habe gehofft, dass die Bewertung der Maßnahmen besser aufgeführt worden wäre.

Er bittet daher ergänzend um die Auflistung möglichst vieler Maßnahmen und deren Bewertung damit danach eine Entscheidung für oder gegen Maßnahmen erfolgen könne.

Er würde sich weiterhin wünschen, dass mehr Maßnahmen aufgelistet werden, um bei Einwerbung einer Förderung der Maßnahmen vom Bund und der EU zusätzliches umgesetzt werden könne.

Ratsfrau Dr. Wolff lässt die bisherige Sitzung des Gremiums Revue passieren und stellt fest, dass bisher alle Beschlüsse einstimmig getroffen worden seien. Sie halte es für sinnvoll zu versuchen, fraktionsübergreifende Lösungen zu finden, um diese wichtigen Themen weiter als Ausschuss einstimmig zu begleiten. Sie stellt die Frage, wie die Verwaltung die Priorisierung der Maßnahmen vornehme.

Ratsfrau Brinner stellt die Frage, wie es zu schaffen ist, dass IKSK 2 gemeinsam voran zu bringen. Sie halte die Fokussierung auf große Themen wie ÖPNV und Sanierungsmaßnahmen für gut. Sie bestätigt, dass Klimaschutz schon mehr als 4 Jahre stattfinde. Die Haushalte der Städte in NRW seien knapp bemessen und es sei wichtig, die Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Ratsherr Blum ist dankbar für die Vorlage und auch für die Priorisierung. Es sei sicher unstrittig, dass unterschiedliche Fraktionen unterschiedliche Vorstellungen bei der Umsetzung haben.

Er ist dankbar für den Vorschlag von Herrn Stettner, Gespräche zu der Priorisierung in interfraktionellen Gesprächen zu führen.

Ratsherr Kiemes führt aus, dass es um eine Vielzahl von Maßnahmen gehe und man innerhalb dieser Maßnahmen priorisieren könne.

Denkbar sei es, die Maßnahmen als „Überschriften“ zu priorisieren, dies sei dann jedoch keine Pauschal-Freigabe für alle Details. Er gehe davon aus, dass es zu einem späteren Zeitpunkt detaillierte Vorlagen zu den einzelnen Maßnahmen, den Kosten und den Stellenbedarfen geben werde.

Herr Beigeordneter Thomas erläutert, dass die Vorlage bewusst kurzgefasst worden sei.

Viele Gespräche hierzu seien auf Fachbereichsleiter-Ebene geführt worden. Seine Vorstellung sei jedoch, dass die Diskussion sehr viel detaillierter geführt werde. Darüber hinaus gäbe es Punkte, die nicht messbar seien. Die grundsätzlich angedachten Maßnahmen seien aufgeführt, aber eine Ausformulierung der Details sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Entscheidend sei, dass man sich klar wird, wie man ab jetzt bis 2030 vorgehen wolle.

Man könne versuchen, dies auf 30 Maßnahmen zu konkretisieren und ein Monitoring aufzusetzen.

Herr Meiners erläutert, dass man versucht habe, nicht allein den Klimaschutz zu integrieren, sondern auf die Stärkung der Resilienz der Stadt abzustellen.

AUK/35/WP18

Ausdruck vom: 09.09.2024

Seite: 18/30

Man wolle die Stadtgesellschaft stärken. Wichtig sei es ihm, dem Team Dr. Daniel Kelterbaum und Sophia Koch Danke zu sagen.

Er dankt auch dem Ausschuss, der in Fragen des Klimaschutzes immer zusammenstehe.

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken erläutert, dass alle gemeinsam hinter dem Klimaschutz stünden. Dennoch möchte das Gremium nachvollziehen können, wie die Verwaltung zu den Bewertungen gekommen ist. Zu einem späteren Zeitpunkt benötige das Gremium dann Detailvorlagen. Den Weg, wie die Priorisierungen zustande kämen, müsse man dem Ausschuss einfach und nachvollziehbar erklären.

Im Rahmen der Ergänzungsvorlage unter dem nächsten Tagesordnungspunkt wurden erweiterte Beschlussentwürfe vorgelegt.

Die Abstimmung erfolgt daher unter TOP 15.

**zu 15 Integriertes Klimaschutzkonzept (2023) „Aachen: Der Weg klimaneutral 2030“
Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2024, Priorisierung der Maßnahmen aus dem
Gutachten „Der Beitrag zum Klimastadtvertrag – Die Aktivitäten“
Vorlage: FB 36/0389/WP18-1**

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken liest den im Liegenschaftsausschuss gefassten Beschluss vor, der wie folgt lautet:

Der Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss empfiehlt dem Rat das Handlungsprogramm der priorisierten Klimaschutzmaßnahmen vorbehaltlich entsprechender Beschlüsse hinsichtlich der personellen und finanziellen Ressourcen durch den Personal und Verwaltungsausschuss und den Finanzausschuss zu beschließen und die Verwaltung zu beauftragen, die beschriebenen Maßnahmen des Handlungsprogramms umzusetzen.

Ergänzt wurde im WLA: „Die beschriebenen Maßnahmen sind hinreichend zu priorisieren.“

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Kenntnisnahme.

**zu 16 Maßnahmen zur Hitzeereignisbewältigung für die Sommermonate 2024 – Ein Beitrag zur
Hitzevorsorge der Aachener Bevölkerung**

Vorlage: FB 36/0387/WP18

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Dr. Daniel Kelterbaum, der zum Thema weitere mündliche Erläuterungen vorträgt.

Ratsherr Stettner geht auf die Verantwortlichkeiten ein, die zu einem großen Anteil bei der StädteRegion Aachen liegen. Das Gesundheitsamt sei der StädteRegion zugeordnet, so dass man sich wünsche würde, dass von dort aus noch mehr passiere. Man habe sich also mehr Maßnahmen gewünscht. Gewünscht werde die Planung weiterer Maßnahmen, so wie sie auch von Herrn Dr. Kelterbaum vorgestellt und erläutert wurden.

Ratsherr Kienes erläutert, dass ein Hitzeaktionsplan seit 2019 gefordert werde. Gut sei, dass man Absprachen mit der StädteRegion treffen würde. Aus den Schilderungen ergeben sich auch Maßnahmen, deren Umsetzung kurzfristiger denkbar seien. Er bittet darum, in diese Richtung weiter zu machen.

Herr Dr. Nositschka sieht die Trinkwasserabgabe im öffentlichen Raum als eine wichtige Maßnahme. Er erinnert daran, dass seine Fraktion dies schon länger fordern würde.

Ratsfrau Dr. Wolf regt an, die Maßnahmen in Maßnahmenpakete zusammenzufassen – ähnlich wie bei den Verhaltensregeln bei Corona. Diese Infopakete könne man immer wieder zur Erinnerung veröffentlichen.

Herr Dr. Kelterbaum berichtet ergänzend, dass es auf den Internet Seiten der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen bereits Hinweise zu Präventivmaßnahmen gebe.

Beschluss:

1. Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Maßnahmenplan soll iterativ und digital weiterentwickelt werden.

3. Ein Gremium unter der Beteiligung der Dezernentenebene (Umwelt AC und Gesundheit StR) soll eingerichtet werden und sich kontinuierlich abstimmen. Die StädteRegion Aachen nimmt dabei eine beratende Rolle ein.
4. Darüber hinaus beschließt er:
 - Die vorliegenden ersten Maßnahmen zur Hitzeereignisbewältigung umzusetzen und sich dabei mit StädteRegion Aachen abzustimmen.
 - Die Verwaltung soll weiterhin Anstrengungen unternehmen, die Hitzeereignisvorsorge der Aachener Bevölkerung voranzutreiben und kontinuierlich zu evaluieren und auszuweiten.
 - Zudem soll die Verwaltung in regelmäßigen Abständen – jeweils im Frühjahr eines jeden Jahres – über den aktuellen Stand der Maßnahmen berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**zu 17 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie, 4. Runde –
Fortschreibung des Lärmaktionsplans Aachen (LAP) in 2024
hier - Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen
Vorlage: FB 36/0386/WP18**

Herr Meiners erläutert, dass die Stadt Aachen diese Pläne erstellen müsse.

Laut Beratungsfolge erfolge am 04.09.2024 die Beschlussfassung hierzu im Rat der Stadt.

Danach erfolge die erforderliche Pflichtmeldung an die EU.

Ratsherr Niessen führt aus, dass bezogen auf Lärm die Autobahnen und die Bahnlinien die großen Baustellen darstellen würden.

Man trüge auch eine soziale Verantwortung, für die Menschen, die in diesen Bereichen wohnen.

Da wo Lärm existent sei, seien Mieten oft geringer und oft wohnten daher in diesen Bereich sozial schwächere Menschen, für die man politisch Verantwortung trage.

Er stellt die Frage, ob man zum Schutz vor Lärm die Einrichtung von 30er Zonen vorantreiben könne.

Herr Meiners antwortet hierzu, dass er dies nicht spontan beantworten könne und daher später berichten werde.

Ratsherr Kiemes sieht die Vorlage als Berichterstattung, wo Lärm existent ist. Auch in 30er Zonen entstünde Lärm.

Ratsherr Bogoczek möchte wissen, ob man beim Bund vorstellig werden könne, um über Lärmschutzmaßnahmen an Autobahnen zu sprechen.

Herr Meiners erläutert, dass Gespräche mit der Autobahn GmbH kaum geeignet seien, um Lärmschutzmaßnahmen voranzutreiben.

Herr Schumacher führt an, dass viele Autobahnen zum Lärmschutz zeitlich limitierte Tempolimits für bestimmte Streckenabschnitte hätten.

Herr Meiners berichtet, dass es bei der Frage der Lärmbewertung an Autobahnen auch um die Frage der LKW Anteile gehe. Vor dem Hintergrund des Brückenbaus im Haarbachtal sei es aktuell schwer, eine Diskussion bezogen auf Lärm voranzutreiben.

Ratsherr Blum bekräftigt dies. Eine Diskussion hierzu sei bereits seit vielen Jahren schwierig.

Auch Ratsherr Stettner bestätigt die Schwierigkeiten im Bereich des durch Autobahnen verursachten Lärms. Er sieht daher die kommunale Gestaltung eher im innerstädtischen Bereich und könnte sich ggfs. eine Beschlusserweiterung vorstellen.

Die Ausschussvorsitzende weist auf die Beratungsfolge mit der abschließenden Beschlussfassung im Rat am 04.09. und die bis dahin verbleibende Zeit hin.

Herr Dr. Nositschka berichtet zum Abschluss, dass die Kommunen laut Berichten aus dem Städtetag in Zukunft freier über Mobilitätsmaßnahmen entscheiden können.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** nimmt den Bericht der Verwaltung und die vorliegende vorläufige Fassung des Lärmaktionsplans 2024 zustimmend zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die zur Ratssitzung vorliegende endgültige Fassung des Lärmaktionsplans zu beschließen, sofern sich aus der Beteiligung von Öffentlichkeit (zweite Runde) und Träger öffentlicher Belange sowie dem damit einhergehenden Abwägungsprozess keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen ergeben.

Die Verwaltung wird ebenfalls beauftragt die notwendige Berichterstattung nach EU -Richtlinie zum 18. Juli 2024 vorzunehmen und den Lärmaktionsplan Aachen, 4. Runde mit den bis dahin vorliegenden Unterlagen bei den zuständigen Behörden zu melden. Auf den Vorbehalt der abschließenden Beschlussfassung im Rat der Stadt am 04.09.24 ist hinzuweisen.

Nach Vorliegen des Ratsbeschlusses ist der damit verabschiedete Lärmaktionsplan Aachen öffentlich bekannt zu machen; ggf. erforderliche Korrekturmeldungen an die o.g. Behörden sind vorzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, fortlaufend über den Sachstand der Umsetzung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

zu 18 Neufassung Solarförderung - weg von Breitenförderung hin zu MFH und KMU

Vorlage: FB 36/0391/WP18

Ratsfrau Brinner führt aus, dass sie es für wichtig halte, diese Maßnahmen weiter zu fördern. Aus ihrer Sicht müsse man es den Bürgern so einfach wie möglich machen. Sie bekräftigt ihre große Zustimmung zu der Vorlage und fragt, wann sie in Kraft treten solle.

Herr Dr. Nositschka teilt mit, dass er 2 Änderungsanträge stellen werde. Diese wurden vorab den Fraktionssprechern zugesandt. Er erläutert technische Details zu den verschiedenen Photovoltaikanlagen und den Änderungsanträgen.

Ratsherr Kiemes möchte gerne die Höhe des Förderbudgets erfragen.

Herr Meiners erläutert hierzu, dass ursprünglich ein Ansatz von 1,5 Mio. vorgesehen gewesen sei. Nach der erfolgten Kürzung im Rat seien für 2024 noch 800.000 Euro verfügbar. Er macht weitere Ausführungen zu geförderten Mieterstromprojekten.

Es erfolgt ein reger Austausch zwischen Ratsherrn Stettner, Ratsherrn Kiemes, Herrn Dr. Nositschka und Herrn Meiners über Detailfragen, welche Anlagen zukünftig förderfähig sein sollten.

Die Ausschussvorsitzende lässt dann getrennt zunächst über die Änderungsanträge abstimmen.

Beschluss:

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes wurden von der Fraktion „Die Linke“ im Rat der Stadt Aachen 2 Änderungsanträge vorgelegt, über die zunächst einzeln abgestimmt wird.

1. Änderungsantrag:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** beschließt,

Stecker-Solargeräte für Mehrfamilienhäuser und Mieter (bis 800 VA) weiterhin zu fördern. Die Förderhöhe ist weiterhin pauschal, allerdings wird sie von 200 € auf 100 € abgesenkt.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

2. Änderungsantrag:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** beschließt,

die Umrüstung von Post-EEG Anlagen pauschal mit 1.000 € zu fördern.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Die Ausschussvorsitzende lässt weiterhin über den von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** stimmt den Ausführungen der Verwaltung und der Neuausrichtung der Solarförderung zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei 6 Nein-Stimmen ist die Vorlage mehrheitlich beschlossen.

zu 19 Ausweisung von Naturwaldentwicklungsflächen

Vorlage: FB 36/0392/WP18

Ratsherr Nießen erläutert, dass die Fraktion DIE Grünen und SPD hierzu einen geänderten Beschlussvorschlag vorgelegt haben.

Dieser Beschlussvorschlag beinhaltet auch eine Karte. Diese wird der Niederschrift als Anlage beigelegt. Ratsherr Nießen geht auf die Vorlage ein und erläutert, dass der Vorschlag der Verwaltung sich auf insgesamt ca. 10,8 % der Flächen bezieht.

Diese Flächen seien aber von sehr unterschiedlicher Qualität.

Bei 7,5 % der Flächen handele es sich um naturschutzfachlich hochwertige kommunale Waldflächen, 3,3 % seien zwar wissenschaftlich hoch interessant, aber naturschutzfachlich heute von geringerem Wert. Er geht intensiv auf die unterschiedlichen Arten der Flächen ein und erläutert die vorgeschlagenen Änderungen.

Herr Meiners dankt für die Vorlage und die konstruktive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten zu dem Thema. Die Änderungen seien der Verwaltung am Vorabend zugesandt worden.

Ratsherr Kiemes teilt mit, dass man sich aufgrund der kurzfristigen Übersendung mit dem Änderungsvorschlag nicht habe detailliert befassen können.

Er erläutert, dass der Prozess bisher gemeinsam mit allen Beteiligten stattgefunden habe. Er verstehe nicht, warum jetzt diese Differenzierung erfolge. Er möchte daher dem Änderungsvorschlag nicht folgen.

Ratsherr Nießen erläutert hierzu weitere Details.

Ratsherr Blum erläutert, dass es laut Ratsantrag um die 10 % Marke ging sowie eine gewisse Anlehnung an das Lübecker Modell. Er verstehe daher nicht, warum nun diskutiert werde.

Ratsfrau Brinner erläutert, dass der Änderungsvorschlag nicht die vorgeschlagenen Flächen ändern würde. Es sei auch ihr sehr wichtig heute einen Beschluss zu fassen.

Ratsherr Stettner bitte die Ausschussvorsitzende die Sitzung für weitere Absprachen zu unterbrechen.

Die Sitzung wird um 21.10 Uhr unterbrochen und um 21.20 Uhr weiter fortgesetzt.

Nach erfolgter Aussprache in der Pause wird der Beschlussvorschlag erneut abgeändert und die Ausschussvorsitzende lässt über den neu vorgelegten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Nach erfolgter Aussprache zu dem Thema wird der Beschlussvorschlag wie folgt abgeändert:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt die Ausweisung der in der Vorlage tabellarisch aufgelisteten und näher beschriebenen Naturwaldentwicklungsflächen.

Er beschließt die in Karte 1 dargestellten, in der Vorlage tabellarisch aufgelisteten und näher beschriebenen Flächen des städtischen Waldes aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen.

Die in der Karte grün hinterlegten Flächen dienen als naturschutzfachlich hochwertige Naturwaldentwicklungsflächen primär dem Schutz der Biodiversität.

Die blau hinterlegten Flächen weisen eine deutliche Prägung als ehemaliger Wirtschaftswald auf, sollen den Charakter einer Kulturwildnis entwickeln und dienen als wissenschaftliche Referenzflächen für Sukzessionsprozesse. Sie beinhalten u.a. die bisherigen FSC – Stilllegungsflächen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Naturwaldentwicklungsflächen im laufenden Verfahren zur Neuaufstellung des Landschaftsplans zu integrieren und entsprechend zu sichern.

Der Ratsantrag Nr. 208/18 der Fraktionen Die Grünen, CDU, SPD, Zukunft, FDP und Linke gilt hiermit **nicht abschließend** als behandelt und wird nochmals bezügl. der Thematik gesondert behandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

zu 20 Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 06.05.2024 "Sachstandsbericht Ratsantrag Kalte Nah- und Fernwärmenetze Nr. 267/18 vom 26.04.2022"
Vorlage: FB 36/0390/WP18

Herr Dr. Kelterbaum gibt einige mündliche Erläuterungen zu dem Thema.

Es erfolgt dann ein Austausch zu dem Thema zwischen Rats Herrn Bogoczek, Herrn Beigeordneten Thomas und Herrn Meiners.

Herr Meiners schlägt vor, ein Gespräch hierzu in kleinerer Runde mit der STAWAG zu führen. Hiermit ist man einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Kenntnisnahme

zu 21 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Die öffentliche Sitzung endet um 21.35 Uhr.

Es wird Nichtöffentlichkeit hergestellt.